

**Produktgruppe Justizariat****Produktgruppe: Beratung und Unterstützung in strategischen Rechtssachen**

Auch 2011 beriet die OE Recht Politik und Verwaltungsspitze (rechts-)strategisch und unterstützte die Dezernate bei der Entwicklung und Ausgestaltung gesamtstädtischer Konzepte.

Hierzu zählt zunächst als „Dauerbrenner“ die Mitarbeit in der Verwaltungsgruppe beim Bahnprojekt Aus- und Neubau der Rheintalbahn. Aber auch in weitere stadtbildprägende Verfahren war und ist die OE Recht eng eingebunden.

So begleitet sie die Entwicklung des Sanierungsgebietes Mühlbach und die Verhandlungen der abzuschließenden Verträge.

Wie bereits in 2010 beriet die OE Recht auch 2011 bei der Entwicklung zur Nördlichen Innenstadt intensiv. Das Verfahren zur Suche nach einem geeigneten Investor und die Umsetzung der städtebaulichen Entwicklung in diesem Gebiet werfen zahlreiche Fragen auf, die es auch rechtlich zu lösen gilt.

**Produktgruppe: Rechtsservice für Fachbereiche:**

2011 führte die OE Recht als Bevollmächtigte der Stadt Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten, den Zivilgerichten und den Arbeitsgerichten, zudem koordinierte sie die Beauftragung von Kanzleien und die städtische Zusammenarbeit mit Rechtsanwälten.

Die Fachbereiche beriet die OE Recht zu Fragen des Baurechts, des Gewerberechts, des Versammlungsrechts und des allgemeinen Ordnungsrechts. Zudem wurden arbeits- und disziplinarrechtliche, gaststätten-, straßen- und waffenrechtliche sowie allgemeine zivilrechtliche Fragestellungen bearbeitet.

Natürlich waren auch in 2011 einige Sonderfälle zu lösen, die auch von der Öffentlichkeit besonders wahrgenommen wurden, beispielhaft sollen nur einige genannt werden.

Ihren Bundesparteitag konnte die NPD nicht in Offenburg abhalten. Die Stadt konnte sich hier erfolgreich behaupten. Die NPD hatte die Abtsberghalle in Zell-Weierbach nutzen wollen; dies wurde ihr von der Stadt versagt. Das Verwaltungsgericht Freiburg folgte der städtischen Argumentation und wies den gegen die Versagung gerichteten Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ab. Die dagegen beim Verwaltungsgerichtshof eingelegte Beschwerde der NPD hatte keinen Erfolg.

Bei der Insolvenz des ehemaligen Pächters des Strandbades Gifiz leitete die OE Recht die notwendigen Verfahrensschritte ein und bearbeitete die Verträge mit dem neuen Pächter.

Zuletzt konnte mit dem Vergleichsabschluss zum ehemaligen Munitionslager Waltersweier die jahrelange rechtliche Auseinandersetzung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) erfolgreich beendet werden.

**Sonstiges:**

Als Koordinationsstelle der Lenkungsgruppe zeichnet die OE Recht für die Außerdarstellung der Kommunalen Kriminalprävention verantwortlich.